

# WAHLMANIFEST

**Bis 2008 war die Botschaft der Reichen und Mächtigen und ihrer angeblichen Expertinnen und Experten glasklar: Der Staat hat ausgedient. Die ÖBB wurden zerstückelt, die Post teilweise an der Börse verkauft, der Energiemarkt liberalisiert, die Universitäten ausgliedert, die Bundeswohnungen verkauft. Die Bevölkerung wurde in die aktienfinanzierte Privatisierung gedrängt. Diese Liste ließe sich endlos fortsetzen. Immer war das Argument, dass profitorientierte private Anbieter es besser könnten als der angeblich schwerfällige öffentliche Sektor.**

EU-Richtlinien zur Deregulierung und Privatisierung von Kernbereichen der Daseinsvorsorge und der Maastricht-Vertrag haben diese Politik vorangetrieben. Sie wurde im Interesse der in Europa ansässigen und weltweit agierenden großen Industrie- und Finanzkonzerne durchgesetzt und einer immer skeptischeren Bevölkerung aufgezwungen.

Die Folge dieser Politik: Die Schließung von Postämtern, obwohl die Post Jahr für Jahr satte Gewinne im dreistelligen Millionenbereich einfährt. Bei den ÖBB sind Preissteigerungen und die Einstellung von Zugverbindungen an der Tagesordnung, während das Management hunderte Millionen bei obskuren Finanzgeschäften verspielt. Die bis vor kurzem viel gepriesenen Firmenpensionen und privaten Vorsorgeprodukte fahren herbe Verluste ein, Hunderttausenden wird die Pension gekürzt. An den Universitäten verschwenden Studierende wertvolle Lebenszeit, während sie auf Lehrveranstaltungsplätze und Prüfungstermine warten müssen.

In der Steiermark wurden beispielsweise Anteile des Energieversorger des Landes, die Energie Steiermark (ESTAG), an einen französischen Atomstromkonzern verkauft. Die Wohnbaurdarlehen wurden 2007 zur Budgetsanierung veräußert. Zwei Jahre später wurden, um das Landesbudget zu schönen, die steirischen Landesspitäler an eine Tochtergesellschaft der KAGES veräußert und damit der demokratischen Kontrolle des Landtages entzogen. Die Landeshauptstadt Graz setzt diese undemokratische Strategie mit der Ausgliederung großer Teile der städtischen

Verwaltung fort, was mittelfristig ebenfalls zu deren Verkauf führen wird. Die sichtbarste Folge dieser Politik sind weit überhöhte Gas- und Strompreise in der Steiermark und der Versuch, die Gesundheitsversorgung in ländlichen Regionen zurückzufahren, was im Falle der Landeskrankenhäuser in Mürzzuschlag und Bad Aussee nur unter größten Schwierigkeiten verhindert werden konnte.

Nach dem Kollaps der Spekulationsblase im Herbst 2008 und dem darauf folgenden Untergang der großen amerikanischen Investmentbanken änderte sich die Einstellung der Privatisierungseinsteiger drastisch: Der Staat solle doch mit Steuergeldern den gescheiterten Spekulanten aus der Patsche helfen. In Österreich wurde dafür innerhalb kürzester Frist die unfassbare Summe von 100 Milliarden Euro aus unseren Steuergeldern bereitgestellt.

Dieser Coup war in Wirklichkeit nur die folgerichtige Fortsetzung des Raubzuges, der in den vergangenen Jahren vor aller Augen stattgefunden hat. Große Konzerne und einige begüterte private Investoren profitieren von der Privatisierung öffentlicher Güter und der Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen. Die Zeche für die verheerenden Folgen muss die Allgemeinheit zahlen, während es in Österreich mehr Millionäre gibt als vor Beginn der Krise. Den leeren öffentlichen Kassen und den sinkenden Reallöhnen standen und stehen gewaltige Profite bei den Großkonzernen und die sogar in der Krise wachsenden Vermögen der Superreichen gegenüber. Von den Profiteuren einen adäquaten Beitrag für die Gesellschaft zu verlangen war jahrelang ein Tabu. Die Konzerne versteckten sich dabei hinter kleinen und mittelständischen Unternehmern, Großgrundbesitzer hinter kleinen Häuslbauern, und Agrarkonzerne hinter Bergbauern. Mit dieser Taktik haben sie erfolgreich die Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer verhindert.

Die KPÖ ist in Österreich die einzige politische Kraft, die grundsätzliche Kritik an diesem System äußert.

### Das politische Umfeld in der Steiermark und in Österreich

Alle im Nationalrat vertretenen Parteien haben diese Entwicklungen in unterschiedlichem Ausmaß vorangetrieben. Jahrelang hat sich die Bevölkerung das gefallen lassen. Viele kritische Menschen haben resigniert und sind NichtwählerInnen geworden, weil stets gegen die Bevölkerung regiert wurde, gleichgültig wer die Wahlen gewonnen hat. Schwarz-grüne Regierungen in Oberösterreich und in der Stadt Graz haben dieselbe neoliberale Ausgliederungspolitik betrieben, für die große Koalitionen oder Schwarz-Blau zuvor kritisiert worden sind. Immer mehr WählerInnen wenden sich von der SPÖ ab, weil sie erkennen, dass den Versprechen vor der Wahl ein ums andere Mal prompt die Zustimmung zu „Reformen“ folgt, die beinahe ausschließlich zu Verschlechterungen führen. Die Sozialdemokratie hat bereits vor Jahren ihren moralischen Bankrott erklärt, ihre VertreterInnen haben den Kontakt zur normalen Bevölkerung vollkommen verloren. In der Hoffnung, den Mächtigen einen Denkkzettel mitzugeben, haben sich daher viele entschieden, rechtsextremen Populisten die Stimme zu geben. Aber diese destruktiven Kräfte haben keine Lösungen anzubieten, hetzen die Menschen gegeneinander auf. Damit verstellen sie den Blick auf die Profiteure und wahren Verantwortlichen für den Sozialabbau in unserer Gesellschaft.

In der Steiermark gibt es eine glaubwürdige Alternative. Die KPÖ ist keine Partei wie die anderen. Sie beugt sich nicht den Interessen der Reichen und Mächtigen und verweigert sich faulen Kompromissen. Statt auf Spindoktoren, Hochglanzwerbung und teure Inszenierungen setzt die KPÖ seit Jahrzehnten auf Ehrlichkeit und Transparenz.

Die KPÖ-Steiermark hat sich zum Ziel gesetzt, zum Aufbau einer Gesellschaft beizutragen, in der die Möglichkeiten, die den Menschen offenstehen, und der gesellschaftliche Reichtum gerecht verteilt sind. Der Weg dorthin ist sehr weit, aber wie ein altes Sprichwort sagt: Auch die längste Reise beginnt mit dem ersten Schritt.

## auf die Leute schauen!

Für die KPÖ bedeutet dies die geduldige und hartnäckige Verfolgung ihrer Konzepte vor allem im sozialpolitischen Bereich. Viel Überzeugungsarbeit und der Aufbau von politischem Druck gemeinsam mit den betroffenen Bevölkerungsgruppen sind dazu notwendig.

Die Voraussetzungen dafür waren selten so günstig: Die Menschen wollen die Lügen, die man ihnen erzählt, nicht mehr glauben, und die Taktik, verschiedene Bevölkerungsgruppen gegeneinander auszuspielen, verfängt immer weniger. Es ist offensichtlich geworden, dass der Kapitalismus, den man vor kurzem noch kaum kritisieren durfte, nur verbrannte Erde hinterlassen hat. Es gibt Alternativen zu den neoliberalen Konzepten.

## Die KPÖ – das soziale Gewissen im steirischen Landtag

2005 ist die KPÖ mit vier Mandaten in den Steiermärkischen Landtag eingezogen. Wir haben das gehalten, was wir vor der Wahl versprochen haben: Wir haben jenen Menschen eine Stimme gegeben, die von den Herrschenden nicht gehört werden und haben unsere damaliges „8-Punkte-Programm“ Schritt für Schritt umgesetzt. Dabei können wir auf große Erfolge für viele Steirerinnen und Steirer verweisen. Soziale Verantwortung ist für uns kein Schlagwort, das haben wir mit unseren weit über 300 Initiativen unter Beweis gestellt.

### EINIGE BEISPIELE:

#### Abschaffung der Rückersatzpflicht bei der Sozialhilfe, Verkürzung der Fristen

Am 16.9.2008 wurde der so genannte Regress (die Rückersatzpflicht) bei der Sozialhilfe abgeschafft. In Not geratene Menschen müssen nicht mehr fürchten, dass die ihnen gewährten Sozialleistungen später aus dem Einkommen ihrer nächsten Verwandten eingetrieben werden. Nur durch den anhaltenden Druck unserer KPÖ-MandatarInnen ist es gelungen, dass sich auch SPÖ und ÖVP dazu durchringen konnten. Mit viel Hartnäckigkeit ist es auch gelungen, die Fristen für die Entscheidung über Anträge auf Sozialhilfe auf drei Monate zu verkürzen. Menschen in akuter Not müssen nun nicht mehr ein halbes Jahr auf die Gewährung von Hilfeleistungen warten.

#### Wohnbeihilfe

Die neue Wohnbeihilfe hat zwar zu Verbesserungen geführt, katastrophal waren jedoch die monatelangen Wartezeiten auf die Auszahlung der Unterstützung. Die KPÖ-Forderung nach einer Verkürzung der Wartezeiten führte zu einer Besserung der Praxis. Der Antrag der KPÖ, die Wohnbeihilfe laufend an die Inflation anzupassen, wurde von ÖVP und SPÖ jedoch abgelehnt.

## Kinderbetreuungsplätzen, Gratikindergarten

Bereits im Dezember 2005 haben wir uns dafür eingesetzt, dass es in der Steiermark zu einem flächendeckenden Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen kommt. Wir haben auch immer wieder betriebliche Einrichtungen gefordert und erreicht, dass es nun ein Anreizsystem für Betriebe und Unternehmen gibt, damit vermehrt Tagesmütter/-väter für die Betreuung der Kindern der Beschäftigten angestellt werden. Mit uns konnte der Gratikindergarten umgesetzt werden. Hätte die SPÖ gewollt (und nicht lieber mit der ÖVP den Kompromiss gesucht), dann wären bereits jetzt auch schon die Plätze für die unter dreijährigen Kinder gratis.

## Erhalt der Chirurgen in Bad Aussee und Mürzzuschlag

Ohne die KPÖ wären sowohl die Chirurgie in Bad Aussee als auch jene in Mürzzuschlag dem Sparstift der Regierung zum Opfer gefallen. Wir haben die Initiativen für den Erhalt der Krankenhäuser unterstützt, und die Landtagsmehrheit auf unsere Seite gebracht. Dieses Beispiel zeigt, dass Widerstand vor Ort sich lohnt! Und als der SPÖ-Staatsekretär im Juni 2010 die Schließung von nicht weniger als 23 steirischen Spitälern in den Raum stellte, war es die KPÖ, die im Landtag ein einstimmiges Bekenntnis zu allen bestehenden Krankenhäusern herbeiführte.

## Helfen statt reden

Die Kontinuität unserer Arbeit zeigt sich nicht nur bei den Landtagssitzungen. Wir haben in unserem Büro im Landhaus eine Sozialarbeiterin angestellt und halten regelmäßige Sozialsprechstunden in mehreren Bezirken ab. So können wir bei den unterschiedlichsten Problemen helfen: Mit unserem Sozialfonds, für den unsere Abgeordneten einen Teil ihres Gehaltes spenden, können wir Menschen in Notsituationen unbürokratisch finanziell unterstützen. Mit dem KPÖ Sozialhilferechner ([www.sozialhilferechner.at](http://www.sozialhilferechner.at)) kann man anonym und kostenlos prüfen, ob Anspruch auf Sozialhilfe besteht und wie hoch dieser ist. Seit Jahren bemüht sich die KPÖ um sozial benachteiligte Mieter und kämpft gegen Spekulantentum und Mietwucher. Betroffene können sich unter **0316/71 71 08** rund um die Uhr an den KPÖ-Mieternotruf wenden. Wir sind vor Ort bei den Menschen und wissen daher, wo der Schuh drückt.

## Transparenz und Information

Mit unserer Zeitung, der Steirischen Volksstimme, informieren wir die steirische Bevölkerung über Themen, über die andere Medien nicht berichten wollen oder dürfen.

## KPÖ – im Steirischen Landtag unverzichtbar

Deshalb braucht es weiterhin die KPÖ im Steiermärkischen Landtag – damit das soziale Gewissen bleibt! Wer glaubt, dass man gegen die herrschenden Parteien nichts ausrichten kann und deshalb nicht zur Wahl geht, vergisst eines: Wenn die Unzufriedenen nicht wählen, werden die Mächtigen nur noch stärker, denn die niedrige Wahlbeteiligung ist am Tag nach der Wahl vergessen. Sie hat nur bewirkt, dass weniger Stimmen für ein Mandat gebraucht wurden. Die Nichtwählerinnen und Nichtwähler wären die stärkste Partei im Lande, sie bewirken aber überhaupt nichts.

## Sozialfond der KPÖ: über eine Million Euro für in Not geratenen Menschen

Die steirische KPÖ zeigt, dass es auch anders geht: „Helfen statt reden“ sind für uns keine leeren Worte, sondern gelebte Solidarität. Den KPÖ Sozialfond gibt es, seit Ernest Kaltenegger 1998 als Grazer Wohnungstadtrat begonnen hat, durch den Verzicht auf 60 Prozent seines Politikereinkommens in Not geratene Menschen zu unterstützen. Mittlerweile gilt für KPÖ-PolitikerInnen eine Einkommensobergrenze von 2000,- Euro, und jedes Jahr veröffentlichen die Mandatarinnen und Mandatare der KPÖ am „Tag der offenen Konten“, wie sie ihre Bezüge verwendet haben. Mittlerweile haben die Mandatarinnen und Mandatare der KPÖ über eine Million Euro zur Unterstützung von in Not geratenen Menschen zur Verfügung gestellt.

Neben Unterstützung für den Lebensbedarf werden aus dem Sozialfond Mietzinszahlungen (Verhinderung von Delogierungen), Unterstützung für Heizung und Strom, Reparaturen und andere Hilfeleistungen beglichen.

Soziale Verantwortung ist für die KPÖ kein leeres Schlagwort. Schöne Worte sind zuwenig, wenn man etwas verändern möchte. Wir helfen, wo wir können, und machen gleichzeitig Vorschläge für mehr soziale Gerechtigkeit und für eine Umverteilung von oben nach unten. Wir wissen, dass es nicht leicht ist, diese Vorschläge auch durchzusetzen. Das geht nur, wenn viele Menschen gemeinsam handeln.

Landtagswahl 26. September  
**Sei kein Schuft – wähl**  
**KPÖ**  
Liste 3



**Programm der KPÖ 2010**

# Wofür die KPÖ Steiermark steht:



## Bildung

- ☆ Fitmachen der Landesschulen für die Ganztagschule
- ☆ Gemeinsame Schule für alle bis vierzehn
- ☆ Förderung auch anwendungsferner Grundlagenforschung durch das Land
- ☆ Aktive Unterstützung der steirischen Universitäten durch die Landespolitik
- ☆ Schule und Bildung ohne soziale Barrieren

## Energie

- ☆ Rückkauf der Energie Steiermark AG, damit das Land die Preisgestaltung wieder selbst bestimmen kann.
- ☆ Senkung der überhöhten Gas- und Stromtarife durch Einrichtung des Steiermark-Tarif.
- ☆ Transparente Stromrechnungen durch die Anbieter
- ☆ Nutzung alternativer Energiequellen
- ☆ Keine Wiederaufnahme des Betriebes im Kohlekraftwerk Voitsberg, keine Verbauung der Mur im Raum Graz
- ☆ Nutzung der Abwärme beim Gaskraftwerk Mellach und anderen Großbetrieben zur Fernwärmeversorgung

## Frauen

- ☆ Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
- ☆ mehr Übergangswohnungen für Frauen mit Kindern
- ☆ finanzielle Absicherung der Frauen- und Mädcheneinrichtungen, Erhalt und Ausbau bestehender Frauenprojekte
- ☆ Frauen- und familiengerechte Stadtplanung
- ☆ keine Förderung für Betriebe, die Frauen für gleiche Arbeit schlechter bezahlen als Männer

## Gesundheit

- ☆ Erhalt aller steirischen Spitäler und der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum
- ☆ Ausbau der Kinderrehabilitation
- ☆ Flächendeckendes ärztliches Angebot und Entlastung der Spitalsambulanzen durch bessere Abstimmung der Ordinationszeiten von niedergelassenen ÄrztInnen
- ☆ Abschaffung der Höchstbeitragsgrundlage bei der Krankenversicherung, um das Defizit der Krankenkassen zu beseitigen. Die Deckelung der Krankenkassenbeiträge in Österreich ist eine absurde und Form der Umverteilung von unten nach oben!
- ☆ Aufwertung und Ausbau der Schulkinduntersuchungen mit möglichen Thera-

pien über den Schularzt (Ergo-, Physio-, Logotherapie, usw.)

- ☆ Ausweitung der im Rahmen der Gesundheitsuntersuchung angebotenen Leistungen, Prävention im Gesundheitsbereich
- ☆ Eintreibung der hohen Außenstände von Unternehmen bei den Krankenkassen
- ☆ Auflösung der KAGES und Rückführung und Unterstellung der steirischen Spitäler unter die demokratische Kontrolle des Landtages

## Jugend

- ☆ Kündigungsschutz für Lehrlinge wieder einführen!
- ☆ Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich zur Senkung der Arbeitslosigkeit!
- ☆ Freiräume für Jugendliche ohne Konsumzwang!
- ☆ Freier Hochschulzugang! Gegen Studiengebühren, Zugangsbeschränkungen und Aufnahmeprüfungen!
- ☆ Ausbau der SchülerInnenbeihilfe für Kinder aus armutsbetroffenen Haushalten!
- ☆ Ausbau der Mitspracherechte und Demokratisierung der Schulen und Universitäten!

## Kampf gegen Spielsucht und Glücksspielindustrie

- ☆ Verbot des so genannten „Kleinen Glücksspiels“ in seiner derzeitigen Form
- ☆ Ausbau der Beratung für Spielsüchtige und SchuldnerInnen
- ☆ Ausbau der behördlichen Überwachung des „Kleinen Glücksspiels“
- ☆ Aufklärungskampagnen an allen steirischen Schulen über die Gefahren der Spielsucht
- ☆ Verbot von Werbung für das „Kleine Glücksspiel“

## Kinderbetreuung

- ☆ Verpflichtende Einrichtung von Betriebskindergärten bei Großbetrieben
- ☆ Ausbau von Kinderkrippen für unter dreijährige Kinder
- ☆ Ausweitung des Gratiskindergartens auf Kinderkrippen
- ☆ Aufstockung des Personals in der Kinderbetreuung
- ☆ Geschlechtssensible Pädagogik in Kinderbetreuungseinrichtungen

## Kultur

- ☆ Kultur darf in der Steiermark nicht dem Tourismus untergeordnet werden. Es gilt, einen demokratischen Zugang zu Kunst und Kultur zu schaffen.
- ☆ Unabhängige Kulturinitiativen in allen Bezirken sollen unterstützt werden.

- ☆ Gerechte und transparente Förderpolitik, keine politische Trennung von „Volks“- und „Hochkultur“
- ☆ Schutz und Bewahrung unwiederbringlicher Kulturgüter durch Bereitstellung ausreichender Mittel für Revitalisierung und Restaurierung; Ausbau der Museen und Archive

## Netzpolitik

- ☆ Ausbau des Einsatzes von Open-Source-Software im öffentlichen Sektor
- ☆ Schutz der Privatsphäre vor staatlicher und kommerzieller Datenschnüffelei

## Pflege

- ☆ Öffentliche Gelder nur für öffentliche und gemeinnützige Heimträger. Keine Subventionierung privater Gewinne im Bereich der Pflege
- ☆ Im Pflegeheimgesetz sind Einzelzimmer als Unterbringungsstandard vorzusehen
- ☆ Anhebung des Pflegeschlüssels auf Wiener Niveau zur Verbesserung der Betreuungsqualität und Entlastung des Personals
- ☆ Die Entlohnung des Pflegepersonals soll in der Steiermark flächendeckend zumindest dem BAGS-Kollektivvertrag entsprechen
- ☆ Ausbau mobiler Pflegeleistungen
- ☆ Regelmäßige Kontrolle aller erbrachten Pflegeleistungen

## Reform der Landespolitik

- ☆ Der lähmende Proporz von der Landesregierung bis zum Schuldirektorenposten muss endgültig abgeschafft werden
- ☆ Keine Privatisierung und kein Verkauf von Landesvermögen, Sicherung und Stärkung des öffentlichen Eigentums
- ☆ Reduzierung der Gehälter von PolitikerInnen, keine versteckte Parteienfinanzierung über Beratungs- und Consultingfirmen
- ☆ Veröffentlichung aller Beschlüsse der Landesregierung
- ☆ Aussetzen von Maastricht bzw. des österreichischen Stabilitätspakts! Der volkswirtschaftlich unsinnige Maastricht-Vertrag und der darauf beruhende Österreichische Stabilitätspakt ist treibende Kraft bei Liberalisierungs- und Ausgliederungsprojekten. Um kurzfristig die Bilanzen zu schönen und Vertragsverletzungsverfahren wird beispielsweise Infrastruktur

## Wichtiger denn je - KPÖ!

zunächst um hunderte Millionen Euro an Kapitalgesellschaften verkauft und dann überteuert zurückgemietet.

- ✧ Verbot von Finanzspekulation mit öffentlichen Geldern
- ✧ Steiermark-Holding zum Erwerb von langfristigen Beteiligungen an Unternehmen mit Standorten in der Steiermark
- ✧ Keine Auslagerungen von weiteren Teilen der öffentlichen Verwaltung in Kapitalgesellschaften
- ✧ Keine Privatisierung der Wasserversorgung des öffentlichen Verkehrs und der kommunalen Wirtschaftsbetriebe

### Regionalplanung

- ✧ Keine weitere Ausdünnung der Infrastruktur im ländlichen Raum
- ✧ Keine Genehmigung weiterer Einkaufszentren auf der grünen Wiese zu Lasten der Nahversorgung. Die Abgaben für bestehende Einkaufszentren müssen angehoben werden.
- ✧ Einführung einer ökologisch sinnvollen Flächenversiegelungsabgabe
- ✧ Maßnahmen gegen die weitere Zersiedelung der Steiermark
- ✧ Einführung einer Abgabe auf Umwidmungsgewinne, um Grundstücksspekulationen einen Riegel vorzuschieben

### Sozialpolitik

- ✧ Zurückdrängen prekärer Beschäftigungsverhältnisse und der Leiharbeit
- ✧ Umsetzung der Beschlüsse zur Einführung eines Sozialpasses, mit dem einkommensschwachen BürgerInnen der Zugang zu Sozialleistungen erleichtert wird
- ✧ Abschaffung der Regelung, dass Unterhaltsverpflichtungen einzuklagen sind, bevor Anspruch auf Sozialhilfe besteht.
- ✧ Löhne und Gehälter, von denen man leben kann, sind die wirkungsvollste Maßnahme gegen Armut
- ✧ Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn
- ✧ Senkung der Lebensarbeitszeit
- ✧ Anhebung des Arbeitslosengeldes auf 80 Prozent des letzten Einkommens

### Umweltpolitik

- ✧ Ausbau des Öffentlichen Verkehrs
- ✧ Ausbau und Förderung erneuerbarer Energieträger
- ✧ Förderung der thermischen Sanierung von Wohnhäusern
- ✧ Verminderung der Feinstaubbelastung im Grazer Becken durch bauliche und verkehrspolitische Maßnahmen
- ✧ Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag
- ✧ Kein Gentechnikeinsatz bei Lebensmitteln und Saatgut

### Verkehrspolitik

Finanzierung des Verkehrsverbundes durch eine Nahverkehrsabgabe der Unternehmen Kostenloser Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel durch Mobilitätsabgabe

- ✧ Keine Einstellung von Bahnverbindungen in andere Landeshauptstädte
- ✧ Kein vierspuriger Ausbau der S36/S37, kein Bau der Ennsnahen Trasse, kein Bau der S7
- ✧ Ausbau des S-Bahnnetzes in der Obersteiermark
- ✧ Keine Ausdünnung von viel benutzten Busverbindungen und Nebenbahnen im ländlichen Raum
- ✧ Wiedereinführung der Freifahrt für SchülerInnen, Lehrlinge und Studierende

### Wirtschaft

- ✧ Einrichtung überbetrieblicher Lehrwerkstätten, um Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen

- ✧ Einrichtung eines Lehrlingsfonds, in dem Betriebe einzahlen müssen, die selbst keine Lehrlinge ausbilden
- ✧ Betriebe, die trotz guter Gewinnlage Beschäftigte abbauen oder Standorte auflösen, müssen Subventionen zurückzahlen oder das Land im entsprechenden Ausmaß beteiligen.
- ✧ Keine Förderungen für Betriebe, die BetriebsrätInnen Steine in den Weg legen, keine Wirtschaftsförderung ohne Einhaltung der Beschäftigungsgarantien
- ✧ Rückführung der Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand.

### Wohnungspolitik

- ✧ Die Wohnbeihilfe muss an die Inflation angepasst werden
- ✧ Ausbau des öffentlichen Wohnbaus z.B. durch Gemeindewohnungen auf Kasernengrund
- ✧ Schluss mit der Plünderung der Wohnbauförderungsmittel – mit diesen Geldern sollen Wohnbau- und Sanierungsprogramme finanziert werden

## Spekulanten zur Kasse, statt Steuern für die Masse!



Claudia Klimt-Weithaler

**KPÖ** wirkt!